

Protokolleintrag vom 08.11.2006

2006/482

Postulat von Richard Rabelbauer (EVP) und Daniel Meier (CVP) vom 8.11.2006: Personalrecht, Anerkennung und Unterstützung der Freiwilligenarbeit

Von Richard Rabelbauer (EVP) und Daniel Meier (CVP) ist am 8.11.2006 folgendes *Postulat* eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er im Rahmen der nächsten Nachführung des Personalrechts Artikel 3 um einen Grundsatz ergänzen kann, welcher die Anerkennung und Unterstützung der Freiwilligenarbeit, sowie der Sozialzeitausweise, Zertifikat für ehrenamtliches Engagement im Sport des Zürcher Kantonalverbandes für Sport, u. a. mit den darin aufgeführten Kompetenzen, enthält.

Begründung:

Freiwilligen- und ehrenamtliche Arbeit ist eine der Grundsäulen für das Funktionieren unserer Gesellschaft in der Schweiz. Gemäss den Zahlen des Bundesamtes für Statistik besitzen die freiwillig geleisteten Dienste einen Marktwert von jährlich rund 20 Mrd. Franken. Auch in der Stadt Zürich wird Jahr für Jahr von Freiwilligen und ehrenamtlich Tätigen wertvolle Arbeit in Bereichen wie Umweltschutz, Sport, Kultur, Sozialarbeit und Integration geleistet.

Leider ist es auch in der Stadt Zürich eine Tatsache, dass sich immer weniger Personen für solche freiwilligen und ehrenamtlichen Dienste finden lassen. Es sind daher auf verschiedenen Ebenen Bestrebungen im Gange, diese wertvollen Dienste aufzuwerten. So verlangt z. B. eine parlamentarische Initiative von Kantonsrat Peter Stimmemann, SP, u. a. die steuerliche Abzugsfähigkeit der Freiwilligenarbeit. Als Basis hierfür soll der Schweizerische Sozialzeitausweis des Vereins „Forum Freiwilligenarbeit“ dienen. Dieser Sozialzeitausweis hat als Form der Anerkennung und als Nachweis für ausserberuflich erworbene Kompetenz viele nutzbare Vorteile. Leider wird aber heute sein Potential zu wenig ausgeschöpft, da es oft an praktischer Anerkennung der darin aufgeführten freiwilligen Tätigkeit fehlt. Hier kann die Stadt Zeichen setzen, indem sie einer solchen Anerkennung und Unterstützung in ihrer Personalpolitik ein noch grösseres Gewicht einräumt.